

Schulen- und Reparationsfragen einzubringen, wurde von Staatssekreär als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Die Regierung bedürftige weder nach den französischen noch nach den belgischen Einrichtungen eines beratigen Konferenzen. Es ist natürlich, daß über Bericht und seine künftige Anwesenheit in Washington die Anregung zu allerlei Vermutungen gaben, aber zur richtigen, nüchternen Beurteilung der Sachlage muß festgehalten werden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht daran denkt, vor Ablauf der gegenwärtigen Präsidentenwahlperiode die Fragen anzunehmen, wobei in Bezug auf die Schuldentragung noch auf den Dawes-Plan.

Gegen polnische Fleischzufuhr.

Dr. Zeiger über die Fleischzufuhr. Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Zeiger erklärte im weiteren im preussischen Landwirtschaftsministerium vor der Versammlung des Zeiger-Komitees, daß er sich mit allem ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Zufuhr von Fleisch und durchzuführen lebenden Viehes aus Polen in dem zur Verhandlung stehenden Handelsverträge wende. Ebenso sprach er sich dagegen aus, daß polnisches Fleisch zum freihändlerischen Betrieb in Deutschland käme. Nicht aus Polen dürfe lediglich in bestimmte Kontraktverträge werden, bei denen durch entsprechende Vorkehrungen die Verfeinerung von Fleisch möglich sei. Er begründete diese Ablehnung der polnischen Wünsche, die zum Teil ihren Grund in der Abstützung des Transportweges nach der Rheinabfahrt über Schleien haben, damit, daß durch das polnische Vieh bzw. Fleisch die Gefahr der Verbreitung nicht nur Brucellen, sondern überhaupt Viehruhrerkrankungen im gefährlichsten Maße gegeben wäre. In den gegenwärtigen veterinärpolizeilichen Bestimmungen dürfe unter arischen Umständen Vieh nur in geringem Maße eine Änderung vorgenommen werden, wenn nicht die kaiserliche Regierung für die ganze deutsche Volkserhaltung herausgeschrien werden sollten. Insbesondere würde ein Einengenen durch die den veterinärpolizeilichen Bestimmungen die Erfüllbarkeit der Seidung ans Ziel setzen.

Millionenbeschlagnahme bei der Pariser Sowjetvertretung.

Seridliches Vorgehen.

Der Vorsitzende des Handelsgerichts des Seine-Departements hat einen von etwa 30 Pariser Banken und Kreditinstituten gestellten Antrag auf gerichtliche Beschlagnahme bis zum Betrage von 10 Millionen Franc gegen die Handelsbeschlagnahme des Vermögen genehmigt. Das Hauptobjekt sind, das Handelsgericht der Sowjetunion, hatte der in Barcelona befindlichen spanischen Gesellschaft Banca Arnus das Einfuhr- und Verkaufsmopol für katalanisches Petroleum in ganz Spanien abgetreten. Trotz einer obligatorischen Schweregerichtsbarkeit im Falle eines Streitfalls kündigte die Sowjetregierung diesen Vertrag, verhandelt mit einer anderen spanischen Gesellschaft und teilte dieser Verleumdungen zu, die schon von der Banca Arnus geladen worden waren. Da in Spanien keine russische Handelsdelegation besteht und die russischen Guthaben dort zu gering waren, erfolgte die Klage in Paris.

Deutschland und Argentinien.

„Unwandbare Freundschaft“.

Bei dem Essen, das die Reichsregierung dem argentinischen Außenminister Dr. Gallardo gab, entbot Reichsminister Dr. Schädel in Vertretung des Reichsstaatssekretärs die Grüße der Reichsregierung. In seinen Ausführungen wies Dr. Schädel auf die Beziehungen hin, die in ganz Deutschland Argentinien entgegengebracht wird. Er sprach von dem Bündnis mit unerreichten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern immer mehr und mehr vertieft zu werden.

In seiner Erwiderung führte der argentinische Minister u. a. aus: Die unwandelbare Freundschaft, die zwischen Deutschlands und Argentinien immer mehr und mehr vertieft werden, ist ein unerschütterliches Fundament für die wirtschaftliche Natur, u. a. ausgehend diese auch sein mögen, sondern auf ein ausdauerndes Gefühl gegenseitiger Hochachtung, auf eine innige Freundschaft aller Eigenschaften, die den nationalen Charakter der betreffenden Völker bilden. Sie sind eine Einheit, die den Erfolg und ein Vergnügen, das zu erklären.“ Schließlich betonte der Minister, daß für die überflüssigen Kreisläufe Deutschlands kein Land bessere Aussichten biete als Argentinien.

Dollische Rundschau

Deutsches Reich

Deutsch-lugensburgische Einigung über Kriegsverträge.

Die Sonderkommission der Lugensburger Kammer für den deutsch-lugensburgischen Kriegsvertrag sprach sich für Annahme des einseitigen Abkommens aus. Hiernach hat Deutschland sofort vier Millionen Mark an Lugensburg zu zahlen, während weitere vier Millionen Mark erst bezahlt werden sollen, wenn eine Einigung über die deutschen Eisenbahnverträge von 1902 erzielt ist.

Walders Ansicht an Preußen.

An den Reichsminister des Innern als zuständige Instanz wurde der Antrag auf Zulassung eines Volksentscheides über die Frage des Anschlusses des Freistaates Walden an Preußen abgelehnt. Dem Antrag waren 392 Unterschriften von stimmberechtigten Waldener Bürgern beigelegt. Bei ungefähr 33 000 stimmberechtigten Waldenern ist die Zahl der Unterschriften mehr als ausreißend.

Neue deutsche Klage gegen Polen.

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung des deutschen Gesandtschafters in Haag dem Sündigen Internationalen Gerichtshof eine neue Klage gegen die polnische Regierung anhängig gemacht. Diese Klage stützt sich auf die Wünderbeurteilung der Genfer deutsch-polnischen Konvention vom 15. Mai 1922 und bezieht sich auf den o. b. erwähnten Schlußteil.

Räumung von Groß-Frankfurt gefordert.

Im Zusammenhang mit der Eingemeindung von Höchst in Frankfurt a. M. wurde von der Stadtverordnetenversammlung ein Antrag angenommen, der den Magistrat ersucht, den Reichsausschuss mit einem Schriftstück über die französischen Eingemeindungen der Räumung des besagten Teils des künftigen Groß-Frankfurt zu veranlassen, also der bisherigen Gemeinde Höchst. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hatte mit

einer Mehrheit die Eingemeindungsverträge mit Höchst angenommen und a. t. einer erweiterten Mehrheit dem Eingemeindungsvertrag mit der dazugehörigen Nebenbestimmungen. Die Stadtverordnetenversammlung in Höchst nahm den Eingemeindungsvertrag mit 24 gegen 10 Stimmen an.

Erleichterte Prozeßführung im Saargebiet.

Auf Grund von Abmachungen zwischen der Regierungskommission des Saargebiets und der französischen Regierung ist die Erleichterung von Rechtsfreiheiten zwischen Saarländern und Franzosen dadurch erleichtert worden, daß in Zukunft die gerichtlichen Verfahren, die Saarländer in Frankreich und umgekehrt Franzosen im Saargebiet einleiten, eine Erleichterung hinsichtlich der Legung nicht mehr gefordert werden wird.

Freistaat Danzig.

Verhandlung über die Regierungsbildung. Die abgetretenen Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten, Zentrumsdemokraten und Deutschliberalen über die Bildung einer Regierungskoalition sind wieder aufgenommen worden und haben zu einer grundsätzlichen Verständigung in allen wesentlichen Punkten geführt. In der Frage der Verfassungsänderung hat man sich dahin geeinigt, daß auch in Zukunft der Senat aus einem hauptamtlichen und einem nebenamtlichen Senat bestehen soll. Beide sollen von Vertrauten des Volkes abhingen sein. Der nächste Volkstag soll nach den Plänen der Koalition auf etwa 20 Abgeordnete vermindert werden.

Autos in und Ausland.

Berlin. Der Gesundheitszustand des Reichsaussenministers läßt weiter zu wünschen übrig. Dr. Treppner ist immer noch geschwächt, das Bett zu hüten.

Berlin. Die Große Berliner Landwirtschaftsversammlung beginnt diesmal am 29. Januar und endet am 4. Februar.

Braunschweig. Aus Anlaß der am 15. und 16. d. M. in Berlin stattfindenden Konferenz der Landesvertreter wird der Braunschweiger Landtag nicht jenseit des 18. Januar, sondern erst am 23. Januar zusammentreten.

Wien. Die Belagerte Regierung hat die deutsche Liga für Volksbund und Wählerverbände in Slowenien aufgelöst. Das Vergehen der Belagerte Regierung wird das größte Verbrechen.

Moskau. Die von der Regierung für die Durchführung des fünften in die in die Arbeit eingeleitete Kommission wird auf den 15. d. M. in Moskau zusammentreten. Die Vertriebe sollen in drei Schichten arbeiten. Hierzu sollen etwa 17 000 Arbeiter neu eingestellt werden.

Moskau. Die Verhandlungen über eine neue Verfassung des russischen Reiches sind in Moskau und zweier Gesundheitsministerien entbehren jeglicher Grundlage.

Moskau. Im Hinblick auf die Gesetze einzelner verbündeter Republiken hat das Präsidium des Zentralrats der Sowjetunion die Sowjetunion in Moskau und zweiere Gesundheitsministerien entbehren jeglicher Grundlage.

Washington. Das demokratische Mitglied des Repräsentantenhauses Edwards hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, die den Präsidenten ermächtigt, Verträge abzuschließen, wenn der Senat von Unzufriedenen im Kongress verbotet wird.

Aus der Umgegend

Nebo, 10. Januar.

Das milde Wetter hat rauchtes Eis auf der Luft zum Brechen gebracht, so daß der Sturm während der letzten Tage nie überiges geht und die Schollen landwärts abgetrieben. So ist auch die zweite Gefahr einer Ueberflutung der Niederrhein vorübergegangen.

Das erste Abonnements-Konzert unserer Stadt, das heute Abend statt, nach Erlebigung des Programms wird noch ein solennes Tanzkonzert in der Konzerthalle in großer Laune befehlen.

Der Verein für Auswanderungslustige. In Gießen hat sich unter dem Namen „Selbsthilfe Einemana“ ein Auswanderungsverein mit dem Ziele gegründet, in Paraguay in Südamerika eine Kolonie Neu-Mansfeld ins Leben zu rufen. Die Regierung der Republik Paraguay soll angeblich Land zu diesem Zwecke kostenlos zur Verfügung stellen. Aus den einfließenden Mitgliederbeiträgen sollen die Lebenskosten für Mitglieder erparat werden. In Zeitabständen, wie es der Kapfenberg erlaubt, sollen dann nach und nach die Mitglieder nach Paraguay auswandern, bis alle Mitglieder kostenlos herübergeschafft sind. Der Verein beabsichtigt auch, zunächst in Mitteldeutschland, später in ganz Deutschland, Ortsgruppen des Vereins zu bilden. Da die mit dem Auswanderungs- und Siedlungsunternehmen beschäftigten Personen keine hinreichende Förderung für Durchführung des Plans finden, kann eine Förderung der in Aussicht gestellten Wiltung von Ortsgruppen nicht empfohlen werden.

Wittich. Das Witticher Gestüt befand sich bis 1888 in der Stadt Wittich. Es führte dort den Namen Suterel. 1888 wurde ein vollständiges neues Gestütgebäude neben dem Schloß erbaut. Dieses besteht aus 48 Boxen für Mutterstuten und reichlich Nebengebäuden für die Beschäler und die Fohlen. Im ganzen kann man es als eine muster-gültige Anlage bezeichnen. Mit der Revolution hatte auch für das Gestüt die letzte Stunde geschlagen. Das Gestüt wurde aufgelöst, und mit Ausnahme der Weide, die auf die großherzoglichen Güter kam, wurde alles verkauft. Im Jahre 1923 übernahm der jetzige Staatsgutsverwalter, Herr Paul Hörning, das Schloß Wittich und somit auch das Gestütgebäude. Mit viel Mühe und Arbeit ließ er das Gestüt wieder neu aufleben. Er kaufte die 1920 verkauften Stuten wieder auf, im ganzen 20 an der Zahl, und erwarb auf dem Justizbürger Gengmar den Hengst „Demnos von Doyent“. 1924 wurde auf dem Hengstberger Hengstmarkt „Negebub“, ein Neander Sohn, als Beschäler gekauft und 1926 erwarb Herr Hörning den Traberhennig „Schnellwägen von Polarkern aus der Schmitzerei“. Zum Gestüt gehören außerdem Ackerlandereien von 900 Morgen und 200 Morgen Wiesen 50 Morgen Koppeln am Gestüt und 110 Morgen Koppeln auf der Wäke, landwirtschaftlich herrlich gelegen, von 3 Seiten von Wäldern umgeben, in 320 m Meereshöhe.

Querfurt. Zur Wiltung über den Reichsschulgesetzentwurf hat hier in „Göthenburg“ unter Leitung des Superintendenten Zwanzig am 4. Januar eine Versammlung statt, die aus allen Teilen des Reichsbesitzes Querfurt anwesend war. Der Versammlungsleiter begrüßte die Versammlung mit einem kurzen

Wort. Er betonte, die Kirche mit der evangelischen Schule erhalten mit Bibel, Katechismus und Gesangbuch. In eine Kirche der geistlichen Schulverwaltung ist aber nicht zu denken. Schon seit der geistlichen Schulleitung des Elternhauses, Herr Meixner aus Halle, den ein Wort über „Die deutsche Volksschule in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Die Geschichte der deutschen Volksschule ist nicht denkbar ohne die deutsche Volksschule, die deutsche Volksschule. Die Antriebe zur Gründung von Schulen gingen unterschiedlich von der Kirche des frühesten Mittelalters aus. Allmählich erkannte der Staat die unzureichende Bedeutung dieser Schulen. Je mehr sich das bürgerliche Zeitalter entwickelte, desto mehr wurde der Einfluß des Staates auf die Schule, bis dieser allmählich zum unbeschränkten Herrscher des Schulwesens wurde. Die Rolle, welche der Elternschaft dabei zufiel, war bis vor kurzem eine kümmerliche. Erst nach der Revolution brachten sich der Staat bzw. dem Elternwillen ein gewisses Einwirkungsrecht auf die Schulerziehung einzuwenden. So entsand die Elternschaft. Erst sind an der Schule vier große Mächte interessiert: einmal der Staat als Volksgesetz, dann die Kirche als Hüterin des religiösen Moments, die Elternschaft als Ständesouveränität und zuletzt, aber nicht am unwichtigsten, als Elternhaus. Die Überlegenheit des Staates soll nicht bestritten werden, aber in der letzten Instanz steht das religiöse Moment, muß sich der Staat eine Einschränkung seiner Allmacht gefallen lassen. Artikel 120 der Reichsverfassung lautet: „Die Erziehung des Nachwuchses soll leiblich, geistlich und gesellschaftlich die Tätigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern.“

Über Pflicht leitet man nach den Familien das Recht ab, von sich aus bestimmen zu können, in welchem Geiste ihre Kinder in der Schule erziehen werden lassen. Der religiöse moment ist nicht weber fähig noch herkömmlich, dem christlichen Elternwillen in Bezug auf die Schule Vorschriften zu machen. Der jetzige Reichsschulgesetzentwurf, um den der besagte Kampf der Meinungen geht, ist ein Ausführungsgezet zur Reichsverfassung, deren Allmählichkeit und Erziehungsbefähigung aufzugeben anerkannt ist. Die Verfassung sieht 4 Schularten vor, von denen aber nur 3 in Frage kommen.

1. Die Volksschule, oder wie sie richtiger und besser bezeichnet werden muß, die alltagsberufliche evangelische, katholische oder jüdische Volksschule. Ihr wesentliches Merkmal ist dies, daß an ihr Lehrer und Schüler dem gleichen Bekenntnis angehören müssen. Diese Schulen hatten wir bis 1918 in allen Teilen des Reiches, wobei die evangelische Volksschule bei weitem überwiegt. Hierzu kam noch in Südbavern des Reiches, in einigen freisüdischen Städten und in einigen Teilleiden der Provinz Posen und Westpreußen die sogenannte christliche Volksschule, die sich bei der Begründung der christlichen Volksschule unterworfen, von allen Dingen befreit, weil am für christliche Lehrer erforderlich waren.
2. Die weltliche Schule ohne Religionsunterricht. Sie ist etwas ganz Neues. Freilich behaupten wir tief, daß zur Errichtung solcher weltlichen Schulen gekommen ist, aber das weite Streifen in unserm Volk gibt, die den Religionsunterricht ablehnen und die Gewissensfreiheit geachtet werden soll, so bleibt nicht anders übrig, als daß der Staat solche Schulen ohne Religionsunterricht errichtet. Nicht in der Welt kam den Eltern ein Gott erleben. Aber das deutsche Volk ist nun einmal zerfallen. Und aus einem zerfallenen Volk kann nur eine zerfallene Schule hervorgehen. Verwahrheitet tut nichts aus. So ist es besser, daß wir den klaren Trennungspunkt ziehen: hier christliche Schule — dort weltliche Schule. Uns allen aber, die wir mit Ernst Christen sein wollen, ersucht daraus um so mehr die Pflicht, durch Wort und Wandel darauf hinzuwirken, daß unser Volk wieder ein christliches wird.
3. Die Gemeindefortschule. Sie ist eine Schule, in der man nicht nach dem Bekenntnis des Lehrers fragt und in der alle wesentlichen Unterschiede des Bekenntnisses, des Standes und der Berufsgemeinschaft unterdrückt werden sollen. Nur der Religionsunterricht soll nach dem Bekenntnis getrennt erteilt werden. Die Gemeindefortschule will, das ist ihr bestes Ziel, die Zerrissenheit unseres Volkes überwinden. Sie hat jedoch ihre Schwächen. Sie ist unklar im Begriff. Was die Reichsverfassung in Art. 146 vorschreibt, ist sie weltliche Schule mit angehängtem Religionsunterricht, der für die Unterricht darf in seiner Weise religiös beeinflusst werden. So ist es auch in einigen Landesgebieten schon geschehen. Der Reichsschulgesetzentwurf legt von der Gemeindefortschule, daß sie die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf religiös-fürsorglichen Grundlage zu erfüllen und die aus dem Christentum erwachsenden Werte der deutschen Volksschule im Unterricht und in der Erziehung lebendig zu machen hat. Andererseits aber bestet es ausdrücklich, daß das nachfolgende soll „ohne Rücksicht auf die Befonderheiten einzelner Bekenntnisse und Weltanschauungen“. Mit dieser Einschränkung aber ist alles Vorhergehende wieder aufgehoben und kein Mensch würde wissen, wie er den Wortlaut einer derartig verstandenen Vorlesung aufzufassen hat.

Ein weiteres Bedenken ist dies, daß der Lehrer von der Gemeindefortschule im allgemeinen dem Bekenntnis der Schüler angehöre soll, er braucht es aber nicht. Es ist ebenfalls denkbar, daß in eine hauptsächlich von evangelischen Kindern besuchte Schule katholische, jüdische und bischöfliche Lehrer hineinverpackt werden. — Ferner fehlt der Gemeindefortschule die Einheitslichkeit des Lehrplans.

Weiter wird die Gemeindefortschule gar keine sein, denn die Katholiken und Protestanten tun nicht mit, die erstere werden die katholische, die letztere die weltliche Schule fordern.

Schließlich wie würde sich der Unterricht praktisch gestalten? Lehrer oder Konfessionen dürfen nicht einander unterrichten. Wie wird da etwa ein katholischer Lehrer im Geschichtsunterricht die Reformationsgeschichte behandeln? Wie würde ein freidenkerlicher Lehrer den Göttergötterlehre behandeln? Unser schönen geistlichen Lieder würden niemals gesprochen werden.

Es kann auch kein Zweifel sein, daß für viele die Gemeindefortschule das Sprungbrett zu weltlichen Schule ist.

Die Anhänger der Gemeindefortschule führen sich auf den Art. 146 der Verfassung und behaupten daß hier dort eine Vorrangstellung eingeräumt sei. Das ist ein oft genug wiederholter Irrtum.

Die Gemeindefortschule wird niemals die Zerrissenheit unseres Volkes vernichten, sondern nur noch vermehren; sie wird zu einem Kampfbühnen werden, auf dem die Gegensätze ausgefochten werden. Dazu sind unsere Kinder zu schwach.

Der jetzige Reichsschulgesetzentwurf ist zwar nicht das Ideal einer Gesamtschule, aber das muß man nicht lassen. Er enthält viel richtiges, an die Vergangenheit des Volkes anzuknüpfen und dem Willen des gesamten Volkes gerecht zu werden, gerecht vor allen Dingen darin, daß er den Elternwillen berücksichtigt. Ein besonderer Vorzug ist es, daß bei Inkrafttreten des Gesetzes alle zur Zeit bestehenden Schulen, sofern nicht Gegenstände erfolgen, als beibehalten zu bleiben. Also nur da, wo die Eltern ausdrücklich eine neue Schule wünschen, ist eine Veränderung ein, im übrigen bleibt alles beim Alten. Bei der Eingemeindung einer neuen Schule neben einer schon bestehenden muß die Zahl der Erziehungsberechtigten von 40 Kindern vorhanden sein, bei Umwandlung einer schon bestehenden Schule in eine andere ist dagegen eine Zweidrittelmehrheit von Erziehungsberechtigten erforderlich. Diese Forderung birgt gewisse Gefahren in sich, die aber durch verschiedene in den Entwurf hineingegebenen Sicherheiten wieder aufgehoben werden.

In dem Kampf der Meinungen um das Schulgesetz sind wir Anhänger der Befürworter keine Öffentlichkeits, sondern wir wollen nicht weiter als die Rechte verteidigen. Wir wollen nicht, daß die Schule der Kirche ausgeliefert wird, aber wir fordern, daß die Kirche die Verantwortung für die religiöse Erziehung der Kinder. Sie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht darüber zu wachen, daß die religiöse Erziehung der ihr anvertrauten Kinder in Übereinstimmung mit ihren religiösen Grundsätzen geschieht.

Die Gegner des Gesetzes haben teilweise phantastische Rechtfertigungen aufgestellt. Wie hoch die Kosten sein werden, kann aber kein Mensch sagen. Auch die Umwandlung aller Schulen in Gemeindefachschulen würde Kosten verursachen. Gelingt es nicht ein Schulgesetz zu schaffen, dann bekommen wir Schulbolschismus und allgemeine Minderwertigkeit in der Schule.

Wir Christlichen wünschen aufrichtig den Frieden der Völker und die Einheit der Nation. Der Weg dazu aber ist nicht unerschrocken nicht der des Kampfes um Weltanschauungen. Was wir brauchen, ist in unserer Zeit der Befähigung und Selbstlosigkeit zunächst und vor allem die Befähigung der Eltern, Befähigung des Jünglings und Stärkung der Geschlechter durch den christlichen Glauben. Von da aus mag dann allmählich eine neue Kultur geschaffen, eine neue Welt gebaut werden, wie es nötig ist. Aber nur auf diese Weise wird die Welt erneuert werden, so und nicht anders. Und der christliche Glaube wird, was er bisher gewesen ist, die Kraft der Aufrechterhaltung für die Völker, wie für die Einzelnen und die kommende Kultur. Die Geburts- und Heimsstätte aber dieser neuen Zeit war, ist und soll bleiben die fromme, fröhliche, freie christliche Schule. Das wolle Gott!

Man den hattem Besatz aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhafteste Aussprache. fünf Väter der Gemeindefachschule kamen zum Wort. Die Größe des Gegenstandes wurde durch gemindert, daß sich alle als Freunde der Kirche bezeichneten. Wir schließen unsern Bericht indem wir sagen: Trotz allem was man für die Gemeindefachschule vorbrachte, wollen wir doch bei unser evangelischen Schule bleiben. Wir wollen sie, deren Wert wir kennen, nicht eintauschen gegen ein anderes Gebilde, das in seinem Wert noch nicht erprobt ist. W.

Die Explosionskatastrophe in Berlin. In der Unfallstelle in der Landsberger Allee fand eine Vorkatzenfingerringe statt. Zwei der schiefen Glühbirnen, die in der Meinung, daß eine Glühbirne in der Glühbirne sei. Von den bisher noch vermissten drei Personen haben sich zwei gemeldet, während der dritte Vermisste tot geborgen wurde. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich also auf insgesamt 17.

Auffassung des Marburger Landtages. Unter dem Verdacht der Ermordung der Frau Anna Müller, die in der Nähe der Landesberger Allee in der Glühbirne wurde, ist ein Inzest der Marburger Landeshauptmann namens Alois Jenz festgenommen worden. Die Staatsanwaltschaft hat folgende Feststellungen gemacht: Die Leiche wurde bei der Besichtigung ganz unerregende Verletzungen an Hals, Unterleib und Schädel auf. In der Nähe des Totens wurde eine Gartenfische aus dem Besondere der Sandeshauptmann erfaßt worden. Der Verurteilte Jenz, der kurz vor der Zeit mit dieser Gartenfische eine Heide besänftigt hatte, wurde später dabei beobachtet, wie er sich an einem Teich die Hände wusch.

Der tödliche Dammsturz. In Darmstadt ist der Pfälzer Peter Roth auf sonderbare Weise ums Leben gekommen. Am Weihnachtsabend hatte er sich mit seinem älteren Bruder im Wald bei einem Teich in der Nähe des Dammes befunden. Aus diesem Teich entwickelte sich eine tödliche Wutergangung.

Kiefenfahrt mit Kommissar. Die Hamburger Polizei verhaftete einen Kaufmann, der im Verdacht steht, in Verbindung mit der Vertreibung seiner Firma in Haiti durch Fälschung von Kommissar (Seefahrtbüchern) der Zahlung Unterschlüsseln in Höhe von mehreren hunderttausend Dollar begangen zu haben.

Ein sozialistischer Bergarbeiterkongress in ungetrieben. Auf dem Schacht Oerterdick wurden durch betriebsförmiges Gelingen die Knappen Adelmann und Gottschalk verurteilt. Adelmann konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Er gehörte seit sechs Jahren der sozialistischen Fraktion des Schauburg-Schreibens Landtages an. Das Unglück ist wahrscheinlich auf das Laumetter zurückzuführen.

Drei Tote bei einer Fabrikexplosion. In einer Fabrik bei Vignone ereignete sich in einem Gebäude, in dem etwa zehn Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Herstellung von Feuerwerkskörpern beschäftigt waren, eine Explosion. Die Gewalt der Explosion war so heftig, daß ein Teil des Gebäudes einstürzte und in dem benachbarten Dorfe zahlreiche Fenster zertrümmert wurde.

Der Brodenschreck.

Roman von Otto Goldmann.

407

„Ich bringe Ihnen Nachricht wegen Ihres Vatersandes“, sagte der Förster verlegen. „Das junge Mädchen schüttelte den Kopf. „Lassen Sie mich mit dieser häßlichen Geschichte in Frieden!“ Es habe sich ein polnischer Waldarbeiter gefunden, der erzählte er tröplem, der nischenland ihr Zusammen mit Worten nach dem Mord auf dem Goehöhe aufgehoben und eingekerkert habe. Wenn Fällen eines Mannes verlegt, habe er sein Wort damit erfüllt und dann das Mädchen achtes weggeführt.“ Sie nickte kaum mit dem Kopfe. „Wahrscheinlich es so ober so gewesen sein, das interessierte sie nicht mehr.“ Doch der Förster trat näher. „Käthelein Dora“, sagte er bittern, „ich weiß, daß Sie kein Interesse für diesen fremden Polen haben können. Aber kennen Sie das Sprichwort: Blut bindet?“ Da blühte sie überroth auf. „Was er damit sagen wollte?“ Sie deutete auf den einen ihrer Finger. „An dem hatte sie sich verletzt, als sie den Nach in Zienburg von einem fremden Manne befreit, sich von diesem lösgelassen hatte.“

Der Förster schlug an seinem Stirnschilde. „An dem haben Sie sich gerissen, Käthelein Vogel, bitte, hören Sie mich zu Ende! Und mit dieser Waise hätte ich Sie verlobt, wenn in jener Nacht einer Sie hätte in das Gefängnis zurückführen wollen.“ „Ei, also waren mein Verleger?“ „Weil ich Sie liebe, seit ich Sie zum erstenmal gesehen, und weil ich immer wurde, als Sie nach diesen Tagen noch immer unglücklich im Gefängnis saßen...“

In der Pension Parkstraße 7 zu Goslar war eine mächtige Wölfe getüftelt.

den. Die Vergütungsarbeiten gefallten sich deswegen besonders schwierig, weil immer noch Explosionen erfolgten. Bisher sind drei Tote und mehrere Verletzte festgelegt.

Stiftung einer alten Kirche in Bologna. Die Kirche San Giacomo Maggiore in Bologna (aus dem 13. Jahrhundert), die eine Reihe von Kunstwerken enthält, mußte wegen Verfalligkeit geschlossen werden. Eine Kommission von Bauüberwachern wurde ernannt, um Restaurierungsarbeiten zu machen.

Ein zwölfjähriger Mörder. In einem litauischen Dorfe wurde eine zwölfjährige Frau ermordet aufgefunden. Als Mörder machte die Polizei nummehr den zwölfjährigen Enkel der Ermordeten ausfindig. Der Junge gab als Beweggrund an, daß seine Großmutter ihm wegen kleinerer Vergehen oft geschlagen habe und daß er es deshalb nicht habe leiden können. Dem Revolver, den der zwölfjährige zu der Tat benutzte, hatte er einem Nachbarn gestohlen.

Alkoholvergiftungen in Brasilien. Durch Alkoholvergiftung sind in Brasilien fünf Personen, darunter drei Soldaten, ums Leben gekommen; zwölf weitere Personen sind ins Krankenhaus gebracht worden.

Jungenfahrt der „Saragota“. Das Reiseleistungsmuttergeschäft „Saragota“, dessen Wu mehr als 10 Millionen Dollar gefolgt hat, hat seine Jungferreise nach der Westküste angetreten. Um das Schiff, das 888 Passagiere hat, aus der Fahrt in den Kanal des Delanore zu ziehen, waren sieben Schlepper erforderlich. Das Schiff, dessen Verladung einschließlich der Passagiere 2000 Tonne beträgt, wird dem Verband der pazifischen Flotte angegliedert.

Arcelis Dr. Wallarobos.

Berlin. Der argentinische Minister des Äußeren, Dr. Gallardo, hat Berlin wieder verlassen, um sich zunächst nach Bonn zu begeben. Zum Abschied hatten sich auf dem Bahnhofs der hiesige argentinische Gesandte mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft, der brasilianische Gesandte und deutschereis der Ehe des Protokolls-Gesandten Käfer, Geheimrat Vöhr und Senator von Zanten aus, einnehmenden Wort dem hiesige Berliner Industrie- und Handelskammer dem argentinischen Minister zu Ehren ein Frühstück gegeben.

Großhandelsminister vom 4. Januar.

Berlin. Die auf den 24. d. 4. Januar berednete Großhandelsminister des Reichstages Reichsamt beträgt 1394 (Vorwoche 1382).

Keine Einigung im Wärmerevier.

Aachen. Die zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer geführten Verhandlungen über das zum 31. Januar angeordnete Arbeitsverbot für den Aachener Eisen- und Stahlwerke ergebnislos verlaufen.

Autonam ein holländischer Minister.

Amsterdam. Ein Auto, in dem sich der Minister für öffentliche Arbeiten von der Begte befand, stieß auf der Rotterdammer Chaussee bei West in voller Fahrt mit einem Kraftwagen, der auf der Wärdelle eine Latere führte, zusammen. Das Auto des Ministers wurde vollkommen zerstört. Der Minister und sein Chauffeur blieben wie durch ein Wunder unversehrt.

Die geheimnisvollen Maschinengewehre.

Anrufung des Völkerbundes.

Die polnische Regierung hat der rumänischen Regierung mitgeteilt, daß sie die Herstellung von Maschinenmaterial bestellt und weder von der polnischen Regierung noch von Privatfirmen in Polen erwartet worden sei. Es sei ihm festgestellt, daß die Maschinengewehre für Ungarn bestimmt wären. Aus Ungarn erfährt man, daß die an der österreichisch-ungarischen Grenze angeordnete Gedung von Maschinenmaterial aus hiesigem Stahl umfasse. In rumänischen Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß die Absicht der ungarischen Regierung, die aus Italien kommende Waren öffentlich versteigern zu lassen, eine Ausnutzung bedeute, mit deren Hilfe sich Ungarn durch Mittelpersonen in den Besitz des erbeuteten Materials setzen wolle.

Die kleinen-Gente-Staaten sollen angeblich baldigst dem Generalsekretariat des Völkerbundes eine gemeinsame Note überreichen wollen, in der sie eruchen, eine Untersuchungskommission in Angelegenheit des angeführten Waffenkonjungs einzusetzen.

Festsetzung der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

In der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft fand die Festsetzung für die Gründung der deutschen Eisenbahnverkehrs-gesellschaft mit dem Namen Anstalt zur Verwaltung dieser Feiler boten dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dornmüller, verschiedenes Ereignisse. Zunächst wurde eine Waise des frühe-

ren preussischen Eisenbahnministers Hr. Dr. von Breitenbach angeführt, der von 1906 bis 1918 Minister der öffentlichen Arbeiten in Preußen war. Das lebende und größte Mitglied einer Ministerfamilie ist ein großzügiges jährliches Bauprogramm für den Ausbau des preussischen Staatsbahnetzes aufgestellt zu haben.

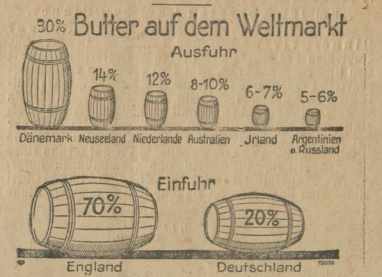
Briands Antwort an Amerika.

Un günstiger Einbruch.

In Washington wurde die Antwort Briands auf den Friedensabstimmungsfragestellungen überreicht. In dieser Antwort wird betont, daß grundsätzlich Frankreich mit einer Ausdehnung des Friedens auch auf andere europäische Staaten als Frankreich einverstanden sei. Eine weitgehende Einschränkung des kriegslogischen Vorkalages auf Achtung jeden Krieges wird aber dadurch vorgeschlagen, daß Briand als „Ergränzung“ vorkalaget, seinen „Angriffstrategie“ als Mittel der nationalen Politik und nicht den Krieg als Mittel der nationalen Politik zu erklären. Maßnahmen abweichender Natur sollen von der Achtung ausgeschlossen bleiben.

Der erste Einbruch dieser Erklärung in Washington soll nicht günstig gewesen sein. Das Staatsdepartement betonte zwar, daß es noch nicht genügend Zeit für ein genaues Studium der angeführten Note gefunden hätte, immerhin habe die Zeit aber genügt, um festzustellen, daß die Änderung des Wortes „Krieg“ in „Angriffstrategie“ die ganze Grundlage der Verhandlungen verlohben hat. Briand habe damit seinen ursprünglichen Plan, der auf die Gefolgschaftserklärung jeden Krieges hinausläuft, verleugnet und neue Überlegungen auf amerikanischer Seite notwendig gemacht.

Schuldenbegleichung mit dem linken Ohr. Das ist eine erstarrte Angelegenheit, aber die amerikanischen Blätter, die sie erzählen, schwärzen bei allen Dollars, die ihnen heilig sind, daß sie unbedingt wahr sei, und amerikanische Blätter liegen nie. Es handelt sich um Doris Clark und ihr linkes Ohr. Diese Doris Clark ist als Schreibmaschinenfräulein in einem Chicagoer Bureau angestellt und hat 4000 Dollar = 16 000 Mark Schulden. Schon da ist etwas Minderwertiges, denn man zehle uns bei uns in Deutschland ein Bureau, das man zehle uns allmählich 16 000 Mark pumpst = geltend kommt sie sie vielleicht schon oder bekommen. Da nun Doris Clark nicht in der Lage war, die 16 000 Mark aus eigenen Mitteln zu bezahlen, hat sie jetzt ihr linkes Ohr verkauft. Einfach das linke Ohr! Und das ist wieder eine ganz merkwürdige Sache, wie sie nur in Amerika vorzukommen kann. Wäre ein steinreiche New Yorkerin macht einen Autombomben durch Europa und düßt bei der dazugehörigen Katastrophe ihr linkes Ohr ein. Worauf sie sich hinsetzt und durch einen ehrlichen Wälder in den geleierten Zeitungen veröffentlichen läßt, daß sie gegen Verzahlung ein anständiges linkes Ohr zu kaufen wünscht. Es werden sich sofort dreißig linke Ohren, und zwar zwölf weibliche und ein auf seine Schönheit eingestelltes männliches, und Doris Clark trägt in diesem Ohrenwettbewerb den Sieg davon. Ihr linkes Ohr wird für lässlich erworben und mit den geforderten 4000 Dollar, die zur Identifizierung dienen sollen, bezahlt. In halbtägigen Artikeln tun die Blätter fund und zu wissen, daß es demnach ist, also nicht erst in den Grundstagen — von einem großen Chirurg, der die linken Gehirnschäfte der sündigen Doris entfernt und an die entsprechende Gehirnschäfte der steinreichen New Yorkerin angehängt werden werden. Doris aber wird sich ihren Schuldforderungen zu fröhlichen, daß das lebende linke Ohr gar nicht vernutzt werden wird. Es ist, wie man sieht, eine sehr „marie“ Geschichte!



Aufwand bei festlichen Gelegenheiten genau festsetzen und jede Abwertung mit Geldstrafen androhen. Wie in allen Zeiten, kümmerten sich die begüterten Geschlechter um Vorschriften und Gesetze, deren Abwertung man mit fängender Münze zusammen konnte, recht wenig; sie entzifferten den altgewohnten Luxus und bezahlten dann die wertvolle Geldstrafe. Darauf war es auch nur abgesehen, denn der Straßendiebstahl fand sich nicht selten dabei. Das erste Berliner Strafgesetz vom Jahre 1334 schloß, unartikulierlich genug, die mit dem Raubes, und die diesbezüglichen Verbrechen, sollen dem Mannern 10 Mark geben, und die für die Verbrecher Fährliche tun, die sollen auch so viel geben.“ Die Strafrufen sind mehrmals dem übermäßigen Aufwand bei Luftparaden ins Feld gezogen, so Joachim II. Anno 1551, Johann Georg 1580 (der „vorn Beispiel den Gebrauch des Goldschmieds bei anderen als „vornahmen Mannern“ mit 50 Taler bestrafte), Joachim Friedrich 1599, und schließlich auch Friedrich III. der prätere König Friedrich I., mit der Verordnung vom 28. Mai 1636; hätte friedl dieser Herrscher sich selbst unter sein erlassenes Gesetz stellen wollen, so wäre er der beste Steuerzahler Berlins geworden. Abwärts von man damals, im 17. und beginnendes 18. Jahrhundert, als er sich zur Luftparade und Feuerwerk begiebt. England bestrafte den Raubes von Gold und Silbergeschmied und von Hüben und von Handbühnen; bis zum Jahre 1889 bestand eine Hauptbestrafung, die bei einem Steuerfuß von 23/4 Schilling freilich nur 1000 Pfund Sterling jährlich einbrachte. Schweden erbot Abgaben für das Tragen von Kleider aus. Die eigentlichen Luftparaden fanden im 19. Jahrhundert auf in Frankreich erhielt seit 1871 eine Steuer von 20 Mark und 20% der Mitgliederbeiträge und Eintrittsgelder betrug. In Nordamerika machte man 1864 den Raubes mit einer Luftparade, die aber nur 400 000 Dollar brachte und wegen der enorm politischen Veranlagung wu. schon 1866 wieder aufgehoben wurde. Eine Luftparade wurde in Bremen, wo für jedes Wälder 20 Mark und für jedes weitere 5 Mark zu ermitteln waren, und in Frankreich.

Für Jeden etwas.

Modenrevolution in Serajevo.

Serajevo steht in der Geschichte unserer Zeit nicht im besten Ansehen: in Serajevo ist jogaunger der erste Schuß im Weltkrieg gefallen, denn in Serajevo wurden der Erbprinz Franz Ferdinand von Österreich und seine Gemahlin ermordet. Und nun glaubt Serajevo, wieder einmal im Brennpunkt des Weltgeschehens zu stehen. Es ist dort eine Revolution ausgebrochen, aber es geht eigentlich um recht friedliche und gemüthliche Dinge. Man weiß, daß unten in der Türkei Kemal Paşa den Feß der Männer und den Herbeddie, was Schleier heißt, der Frauen verboten hat. Bei den Moslim in Bosnien und der Herzegovina aber haben diese Reformen keinen Anklang und keinen Eingang gefunden. Die Frauen allerorts waren schon längst für die schleierlose Mode begeistert, aber die strenggläubigen Männer wollten nichts davon wissen. Nun ist aber den fortschrittstrendlichen Frauen ein mächtiger Bundesgenosse entstanden. Man rate einmal, wer das ist? Es ist der Meis ul Ulema Gausevic, das religiöse Oberhaupt von Bosnien-Herzegovina, der Meis ul Ulema erklärt, daß Feß und Schleier kein Dogma des Islams seien, und daß jeder sich anziehen könne, wie es ihm passe. Darob natürlich großer Jubel bei den Frauen. Aber nun rate man mal weiter, wer gegen den Meis ul Ulema aufgetreten ist? Die andern Ulemas von Bosnien-Herzegovina, die gesamte Priesterkaste! In Mostar fand eine große Protestversammlung statt, und die strenggläubigen Männer haben erklärt, daß sie sich von schleierlosen Ehefrauen scheiden lassen würden. In zahlreichen Gegenden haben sie dann aber dem Meis ul Ulema und den modernen Frauen höchstes Vertrauen ausgesprochen. Die Modenrevolution löst weiter, aber die Frauen werden unbedingt liegen. Warten, daß ...?

Tiere und Flieger.

Der deutsche Pilot Willi Forst gibt aus eigenen Erfahrungen einiges über das Verhalten von Tieren fliegenden Flugzeugen gegenüber zum besten. Wenn die Flieger sich ein bißchen weiter nach unten halten, können sie da wunderbarer erleben. Das Schöne dabei ist ein ausgeprägter Feinsinn. Die Vögel sind sehr empfindlich für die Entfernungen, wenn der Flieger kommt, da sie das Flugzeug offenbar für einen fliehbaren Raubvogel halten; man kann das natürlich nur vermuten, da man die Vögel nicht genau erforscht hat. Nach langer Zeit nach dem Vorbeiflug des Flugzeuges zittern der Hab und seine Samen vor Aufregung am ganzen Körper. Die Vögel scheinen, wenn das Flugzeug heranfliehet, etwas miträstlich die Hörner; empört oder sind sie erst, wenn sie in allzu großer Nähe überfliegen werden: sie scheinen dann sehr halten mehr und laufen davon wie die Säbner. Dagegen löst sich der Hund nicht im geringsten aus der Fassung bringen. Er nimmt flüchtig unter gewöhnlichem Geßel den Kampf mit dem Flugzeug auf, läuft ihm, im höchsten Grade verärgert, nach und gibt das Rennen erst auf, wenn er sich überhaucht oder plötzlich in einen Wasserstempel fällt. Was die Mäuse angeht, so fliegen sie neugierig direkt an die Apparate heran. Es kommt durchaus nicht selten vor, daß Flieger von Mäusen oder Gieren angegriffen werden.

Der Begründer der neuzeitlichen Botanik.

Zum 150. Todestag Karl von Linné.

In ganz Schweden werden am 10. Januar Linné-Feiern stattfinden, denn es ist der 150. Jahrestag des Todes des großen Naturforschers. Karl von Linné wurde am 23. Mai 1707 als Sohn eines Landwärters geboren und wurde als Zoonajähriger die Universität zu Lund, um Medizin zu studieren. In Upsala wurde er sich dann der Botanik zu, ohne jedoch das medizinische Studium anzugehen. Nachdem er im Auftrage der schwedischen Regierung zu Studienreisen Lappland überaus reisen, ging er nach Holland, wo er auf Grund eines bereits reichen, in Gärten und Sammlungen aufbewahrten Materials die Grundzüge eines Systems der drei Naturreiche aufstellte. In Holland war es auch, wo Linné



seine wichtigsten Werke — sie sind fast durchweg in lateinischer Sprache geschrieben — herausgab. Nachdem er auch nach England und Frankreich reisen hatte, erhielt er 1742 die botanische Professur in Upsala. Da er bei all dem auch der Medizin treu blieb, wird dadurch bewiesen, daß er zum Leibarzt des Königs ernannt wurde. Dies wenige Jahre vor seinem Tode lebte er in Upsala; dann überredete er nach seiner Bestimmung in Hammarby, wo er in seinem Museum seine botanische Sammlungen einrichtete. Zu Hammarby ist er am 10. Januar 1778 gestorben.

Linnés Hauptverdienst für die Botanik ist darin zu suchen, daß er zum erstenmal die Benennung jeder Pflanze mit zwei Namen, einem Gattungsnamen und einem Artnamen, durchgeführt hat. Er baute ein neues System auf, in welches die Wissenschaftler die nach ihm nach Ähnlichkeit oder Verwandtschaft gruppierten konnten. Dieses „Linné'sche System“ war für die Botanik des achtzehnten Jahrhunderts von größter Bedeutung, für die Botanik von heute hat es eigentlich nur noch historische Interesse. In Stockholm steht ein bronzenes Stolfsäulenbild des Linné. Sein Vaterland hatte aber allen Grund, mindestens seinen Geburt ort am 10. Januar seine Linné-verkaufe seine großartigen botanischen Sammlungen demnach an einen Engländer, und so kamen sie nach London, wo sie Eigentum der Linné-Gesellschaft wurden.

Schmelings Glanzflug.

Bonaglia in der ersten Runde. Bei den Kämpfen im Berliner Boxring hat vorerzählte der deutsche Europameister der Halbvergewichtsklasse, Schmeling, seinen Titel gegen den Italiener Michele Bonaglia mit Erfolg verteidigt in der ersten Runde nach zweieinhalb Minuten Kampfpausen war ein zweiter Schmelings den Italiener für die Zeit zu Boden. Der mit Spannung erwartete Schweregewichtskämpfer fand somit ein schnelles Ende.



Großer Beifall empfing der Italiener, gefeierter Beifall den Deutschen. Im Auftrage der italienischen Sportwelt überredete der italienische Manager Carpegna bei den kämpfenden Blumensträußen. Mit den Gemächten (Samstag 7.8., Bonaglia 7.9.) beginnen beide den Kampf unter der Leitung des schwedischen Ringrichters des Bernas. Bonaglia beherrschte lebhaft, aber nervös, während der Deutschen sehr ruhig seinen anführenden Gegner erwartete. Ein Pfeiffänger erhebt sich, da der Italiener, der auch reichlich trifft, worauf die Würde des Italiener noch mehr zunimmt. Schmeling erweist seine Chance, und ein schneller und sich auszuhalten läßt. Schmeling hat somit seinen Titel erfolgreich verteidigt. Der Kampf dauerte nur 2 1/2 Minuten. Schmeling wird nun gegen den Schweregewichtskämpfer Franz Heiser antreten, der über 15 Pfund mehr wiegt als Schmeling, was für einen Kampfsieg einen gewissen Nachteil bedeutet.

Die Endauscheidung um die Mittelgewichtskampfschaft zwischen erkrankungsgeplagtem Frank-Berlin gegen Klaus-Berlin, welcher nach sechs Runden aufgeben mußte. Der Kampf dauerte im Februar in Berlin mit Donagay und den Weltmeister kämpfen. Klaus-Berlin hatte im Fliegengewichtskampf gegen Gieseler-Kaufmann nicht zu bestehen und war in der dritten Runde vollkommen fertig, so daß seine Schenkel des Handbügels waren. Hartopp-Berlin, ein vielversprechender Halbvergewichtskämpfer, legte überleben nach Punkten über Kaufmann, während Engel einen knappen Punktsieg über Klaus-Berlin errang.

Strandfest im Schützenhaus

am 22. Januar 1928

Börse und Handel.

Alltägliche Berliner Notierungen vom 7. Januar. * Warenpreise. Tendenz: Rußig. An der Zonenanleihe war das Geschäft ruhig. Die Zonenanleihe setzte sich freundlich. Am Geldmarkt war die russische Zins für Zonenanleihe auf 4 1/2-6 1/2 Prozent, für Monatsgeld auf 7 1/2-9 Prozent zurück. Im weiteren Verlauf erhielt sich die feste Grundstimmung der Börse. Das Geschäft blieb weiter sehr ruhig und nur in Brotagewerten und später auch in Banquettanleihen größere Umsätze fielen.

* Devisenbörsen. Dollar 420-421; engl. Pfund 20,45-20,49; holl. Gulden 169,18-169,82; Danz. 8,178 bis 8,194; franz. Franc 16,49-16,53; schwed. 20,87 bis 21,03; Belg. 85,1-85,83; S. Africa 21,9-22,28; 10 rubel 112,90-113,12; dan. 112,41-112,63; norw. 111,56 bis 111,78; tschech. 12,43-12,45; österr. 2,01111-59,24 bis 59,30; poln. 3,000 (mittelmittel) 46,97-47,17; Span. 16,43-16,47; Argentin. 17,90-17,94.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	7. 1.	6. 1.		7. 1.	6. 1.
Weiz. märk.	237-240	237-240	Weißl. f. Br.	15,0	15,0
dommerich	238-241	238-241	Roggl. f. Br.	15,0	15,0
Hogg. märk.	238-241	238-241	Roggl.	345-350	345-350
dommerich	—	—	Genant	—	—
weipreuss.	—	—	Witt-Graben	51-57	51-57
Braugerie	230-236	230-236	St. Pfeiferb.	32-35	32-35
Futtergerste	203-214	203-214	Futtergerste	21-22	21-22
dommerich	203-214	203-214	Futterhafer	20-21	20-21
weipreuss.	—	—	Ackerbohnen	20-21	20-21
Reisemehl	—	—	Widen	21-24	21-24
p. 100 kg. fr.	—	—	Sapp. blau	14,0-14,7	14,0-14,7
W. u. Br. inf. f.	—	—	Sapp. gelb	15,7-16,1	15,7-16,1
Sad. feinst.	—	—	Sardella	—	—
W. u. Br. inf. f.	30,7-34,2	30,7-34,2	Rohstuchen	19,7-19,9	19,7-19,9
Roggenmehl	—	—	Leinwand	22,1-22,4	22,1-22,4
p. 100 kg. fr.	—	—	Zwedensticht	12,2-12,4	12,2-12,4
Berlin br.	—	—	Sonn-Schrot	21,1-21,6	21,1-21,7
inf. Sad	31,5-34,0	31,5-34,2	Torlm. 30/7	—	—
			Parrotsticht	23,8-24,2	23,8-24,2

* Zuckerpresse. I. Qualität per Zentner 167 Mark, 2. Qualität per Zentner 153 Mark, abfallende Butter 139 Mark. Tendenz: sehr ruhig.

* Schlachtwirtschaft. Auftrieb: 2575 Rinder, darunter 635 Ochsen, 705 Kühe, 1238 Lämmer und Färsen, 1312 Säbber, 3335 Schafe, 8867 Schweine, zum Schlachtopf direkt seit letztem Viehmarkt 1012 Tiere, Auslandschweine 121 Stück. Verkauf: 261 Rinder und Schafe ruhig, bei Säbber und Schweinen ziemlich glatt. Preise: Ochsen a) vollfleischig, ausgemästete höchsten Schlachtwerte 60-62, b) sonstige vollfleischig 55-58, c) fleischig 48-52, d) gering gemästete 40-45; Bullen a) 55-58, b) 52-55, c) 49-51, d) 45-48; Kühe a) 45-47, b) 38-42, c) 26-30, d) 20-22; Färsen a) 36-38, b) 49-53, c) 42-47; Ziegen 38-40; Säbber a) —, b) 75-84, c) 55-70, d) 42-58; Schafe a) 38-62, b) 45-55, c) 38-44, d) 23-35; Schweine a) —, b) 60, c) 57-59, d) 53-56, e) 50-52; Zaren 52-54.

* Frankfurter Wittagsbörsen. Stimmung: unbestimmt. Zum Wochenbeginn laquierte das Geschäft an der Börse fast vollkommen. Aufträge von Publikumsseite lagen kaum vor und die Deputation zeigte größere Zurückhaltung, auch hierfür wurde Werte eher geneigt, sich glanzvoller. Die Abendbörsen fällt Sonnabends aus.

* 200 000 Jenner Rüben noch nicht geerntet. Die Witterung war für die noch zu Feld stehenden Rüben nicht günstig. Der ziemlich starke Frost ließ eine Reue zu, und die Möglichkeit, die eingelegten Rüben auf Zucker noch zu verarbeiten, ist kaum noch vorhanden. Die noch nicht geernteten Rübenmenge wird auf ungefähr 200 000 Jenner geschätzt. Die Verarbeitung der Rübenstöcke ist ohne größeren Schaden weiter geplant vor sich gegangen.

Schützenhaus Schützenhaus

Dienstag, den 10. Januar cr., von abends 8 Uhr ab:

I. Abonnements-Konzert der Nebraer Stadtkapelle

unter Leitung des Stadtmusikdirektors F. Rönike Nach dem Konzert Tanzkränzchen für die Konzertbesucher Hierzu laden freundlich ein

Fr. Rönike, Stadtmusikdirektor.

R. Janda, Schützenhauswirt.

Boranzige 'Weißes Ross' Boranzige

Sonntag, den 22. Januar, von nachmittags 2 1/2 Uhr an:

Preisskat.

Ihr rege Beteiligung bitte!

Eise Röllig.



Vergessen Sie nicht

am Sonntag zum Preisfest im „Schützenhaus“ zu sein!

Hobeldehlen Stabretter Fußleisten	Kanholzlesten Dachlatten Schalbreiter
---	---

in sauberster Bearbeitung in allen Stärken

Tischlerbretter

Fichte und Kiefer, besäumt und unbesäumt in allen gangbaren Dimensionen am Lager

Thüringer Holzwerke, Rossleben

Fernsprecher 63 Am Bahnhof

KLEINWANGEN

Sonntag, den 15. Januar von abends 7 1/2 Uhr ab

Grosser Maskenball

Hierzu ladet freundlich ein P. Neumann, Gastwirt.

Teppiche — Läufer ohne Anzahlung in 14 Monatsraten hierher. Teppichhaus Agay & Glöck, Frankfurt a. M. 636. Schreiben Sie sofort!

Von Mittwoch ab frischen Fisch gerer. Schellfisch und Rhein-Nennungen (mariniert) Von Mittwoch ab frischen Schellfisch bei Franz Schmidt, empfiehlt Herrmann

Geschäftsbücher bevorzugte Marke

Königshardt Hannover

Wilhelm Gauer, Kopsleben.

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 M.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postkassentonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtteil 15 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artens.

Nr 4

Dienstag, den 10. Januar 1928

41. Jahrgang

Das dritte Reich.

Mit Beginn dieser Woche haben die politischen Kräfte ihr Ende erreicht; der Bildungs- und der Haushaltsschuss des Reichstages werden sich wieder an die Arbeit machen müssen. Sinter den Kräfte ist, daß diese politischen Kräfte nicht sehr danach sind, daß diese Schwierigkeiten wirklich aus dem Weg geräumt werden sind. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die Frage, in welcher Form der Reichstagsunterstützung an den Verfassungskommissionen — dem Artikel 149 der Reichsverfassung gemäß — in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betrieblichen Kontrollrechte der Reichstagsparteien werden soll, wie also das Kontrollrecht der Reichstagsparteien zu gestalten ist. Da die Verfassung außerdem ausdrücklich sagt, daß durch dieses Kontrollrecht aber das Ausschließrecht des Reichstages nicht eingeschränkt werden darf, so müßte man sich jetzt ab, beide Kräfte in Einklang zu bringen. Das Zentrum verlangt, daß dieses Ausschließungsrecht grundsätzlich den obersten förmlichen Behörden übertragen und dann von diesen wieder an untergeordnete Instanzen bis zum Reichspräsidenten herunter abgegeben werden kann. Die Deutsche Volkspartei hat aber erklärt, daß damit nur die früheren gefälligen Ausschließungen wiederhergestellt würde, was jedoch unbedingt abgelehnt werden muß. Darüber ist es Mitte Dezember im Interfraktionellen Ausschuss der Reichstagsparteien zu vierzig Auseinandersetzungen gekommen, daß die Weiterberatung des Ausschließungsrechtes vertagt worden ist; außerdem haben in der Zwischenzeit mehrfach Führer der Zentrumspartei, die V. u. der Abgeordneten den Zustand in der Reichstagsversammlung durchfallen lassen, man würde nicht davon zurücktreten, es zu einer Auflösung des Reichstages kommen zu lassen, wenn den Wünschen der Zentrumspartei nicht Rechnung getragen würde. Man braucht dies allerdings nicht allzu ernstlich zu nehmen; denn bei den endlosen Beratungen der Reichstagsparteien und den früheren Ausschließungsentscheidungen ist es nicht schwierig zu solchen Konflikten gekommen, ohne daß gleich das schwere Geschick einer Reichstagsauflösung auch wirklich aufgetreten würde.

Der Haushaltsausschuss jedenfalls wird sich ohne Rücksicht auf diesen Konflikt an die gerade jetzt so ungenügende Beratung des Reichstages heranbringen, damit der Reichstag, wenn er am 19. Januar wieder zusammentritt, auch genügend Beratungsstoff vorfindet. Und ein Drittes noch drängt nach Bearbeitung und nach Lösung: es ist die Frage der Verwaltungs- und Verfassungsreform in der Reichstagsverwaltung, deren finanzieller Hintergrund immer herantreibt. In der Behandlung dieser Frage, die besonders aus wirtschaftlichen Kreisen auf die politische Tagesordnung gesetzt worden ist, ist man über die Anfänge schon längst hinaus, und jetzt hat sich eine besondere Organisation unter dem Namen „Bund zur Erneuerung des Reiches“ gebildet, eine Organisation, die wirklich einen überparteilichen Charakter hat. Man findet dort bekannte Parteiführer von den Deutschen Nationalen, selbst konservativer Richtung, über die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten hinweg bis zu den Sozialdemokraten. Man findet dort aber auch die Namen weiterer bekannter Wirtschaftsführer aus Industrie und Landwirtschaft. In einem Aufruf wendet sich nun dieser Bund gegen eine Zeitlösung in dieser Streitfrage, wie die Befugnisse des Reiches und der Länder abgegrenzt werden sollen. „Die Last der Aufgaben droht, absehliche Teile des Reichsgebäudes zu erdrücken; durch eine klare Abgrenzung der fruchtigen Belange und durch organische Gliederung der Verwaltung ist daher eine Erneuerung des Reiches herbeizuführen, die heute als gesamtstaatliche Forderung vor uns steht.“ Als Ziel kann man eine Stärkung des Reiches in Frage kommen, nur diesem ist die letzte Entscheidung in allen für die Volksgemeinschaft wichtigen Fragen zu übertragen. Besonders Gewicht wird nach dieser Richtung hin gerade auf die wirtschaftlich-finanzielle Seite gelegt; denn es ist in Betracht zu ziehen, daß es gerade hier zu hoch unerwarteten Konflikten zwischen der vielfachartigen Verfassungsstruktur und der Wirtschaft gekommen ist und immer wieder kommt, zu Konflikten, die leider auf dem Rücken der Wirtschaft und auf ihre Kräfte ausgeübt zu werden pflegen. Infolgedessen wird man prinzipiellen Punkt des Aufrufs die Forderung nach einer durchgreifenden Vereinfachung der gesamten Verwaltung. Viel Zeit, damit zu warten, haben wir nicht, und der Aufruf warnt davor, aus irgendwelchen innenpolitischen Gründen die Hände so lange in den Sack zu legen, bis unsere auswärtigen Gläubiger an die Tür klopfen.

Bei der Wiederannähme der politischen Arbeit wird also gerade diese Frage von noch größerer Bedeutung werden als Schulgesetz und Haushalt. Reichlich wird insofern dann von solchen Gesichtspunkten, daß in Parteikonflikten, die auf anderen Gebieten entstehen und die Weiterarbeit des Reichstages verhindern können, Kompromißlösungen einfach erzwungen werden.

Volle Einheit Deutschlands.

Beseitigung innerer Reibungen.

Am 6. Januar hat sich in Berlin eine neue Vereinigung begründet, die berufen sein könnte, eine bedeutungsvolle Stelle in unserer inneren Entwicklung und beim Neubau zu übernehmen. Der Zusammenschluß ist unter Ausföhrung parteipolitischer Rücksichten oder berufsständischer Einstellung erfolgt.
Die Mitglieder des Vorstandes, dem die Herren Ernst Georg Graf v. Bernstorff-Jüterbochen, von Flemming, Paapig i. Bonn, Otto Henne-Lübigen, Dr. Horion-Wilhelmsburg, Dr. Walter-Jänicke, Hannover, Dr. Hans Zuber, Berlin, Dr. Carl Weteren-Hamburg, Dr. Paul Wusch-Dorhausen, Graf von Roeder-Hamburg, Freiherr von Wilmsdorf-Orientalia i. Thür., angehören, haben den Aufruf erhalten, Ausgangspunkt und Ziele dieser Bewegung in einer gründlichen Aussprache festzulegen. Bei den Unterredungen des mittleren erdigenen Aufstufes finden sich u. a. der zahlreichen Persönlichkeiten noch die Namen: Heinrich von Patotschke (Hr.), Krupp von Bohlen-Halbach-Essen, Hüb-Verlin, Dr. Cuno-Hamburg, Hans Delbrück-Berlin, Frowein-Eberfeld, Freiherr von Csapl-Schönberg i. Br., Gröner-Berlin, Dr. von Sarnad-Berlin, Jansen-Hamburg, Graf von Raltrath-Neustädter, Reichth-Berlin, Freiherr von Federind-Berg, Franz von Mendelssohn-Berlin, Roste-Hannover, Roste-Hannover, Joseph Wichor-München, Freiherr von Nischhofen-Bohuslawitz, Freiherr von Schorlemer-Neise (Frier), Karl v. Siemens-Berlin, Frh. Thyffien-Hamborn, Max Warburg-Hamburg usw.

Beitrittserklärungen oder Zuschriften sind zu richten an die Geschäftsstelle des Bundes zur Erneuerung des Reiches, Berlin G. 2, Klosterstraße 41. In der Gründungsversammlung des Bundes, die von annähernd der Hälfte der über ganz Deutschland verteilten Unterzeichner des Aufrufs besucht war, wurde der

Reichstagsrat a. D. Dr. Hans Luther einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Dr. Luther nahm zu längeren Ausführungen das Wort, in denen er die Aufgabe des Bundes darlegte. Der Bund, so führte er aus, wolle der Verantwortung weder der Regierungsträfte noch der politischen Parteien irgendwie vorgreifen, sondern wolle sachliche Vorbereitungen leisten. Unsere wirtschaftliche Lage sei trotz der gegenwärtigen, aus der Souveränität kommenden Erschütterungen so schwierig, daß es nicht einmal abgesehen auf die Gefahrstoffe, die durch Einzelreformen in der Verwaltung verwickelt werden müßten. Wir müßten vielmehr unsere ganzen Staatskräfte so zweckmäßig und wirkungsvoll aufbauen, daß sie der schweren Arbeit, die Produktivität Deutschlands auf ein Höchstmaß zu steigern, gewachsen seien. Für alle Zweige der Wirtschaft sei eine feste Einleitung notwendig, um die Ausführlbarkeit zu erhöhen. Der Bund erstrebe bei seiner Arbeit ebenso wie die Beteiligung der Wirtschaftsführer auch die Beteiligung der Arbeitnehmerschaft. Die Gründer des Bundes gehen von der Auffassung aus, daß es in der dringenden Not des Vaterlandes besser ist, eine für möglichst alle Volksschichten noch eben tragbare Lösung herbeizuführen, als durch den stumpfsinnigen Grundanstandman das Volk auseinanderzutreiben.

Der Aufruf des Bundes

Teile des Reiches der ersten Aufgaben des verfassungsmäßigen dieser Sitzung ge-
Der heilige Wille,
dies
ehr, die gesunde
den ist. Diesen
der öffentlichen
sich finden ist. Durch
erlangte und durch
erhaltung
herbeizuführen,
für uns steht. In
eine andere Lösung
im Reich muß in
Frage die Entsch-
gung des Reiches
zweckmäßig und
die öffentliche
Wirtschaft

entsprechen, mit
Anstalten ein-
Grundlage durchführ-
bare Vereinfachung der gesamten Verwaltung ermöglicht
wesentliche Ersparnisse in den Ausgaben der öffentlichen
Hand und damit eine Entlastung der unermüdbaren
Steuern.
Es bedarf umfassender Vorarbeiten, um einen
sicheren Weg zur Beseitigung der anerkannten Missstände

zu finden. Aber Gile tut not! Darum rufen wir den Regierungen des Reiches und der Länder zu: „Ans Werk! Fort mit dem Streit über Einzelfragen! Stellt die Einheit des Reiches voran! Das dritte Reich gilt es zu zimmern, das die ganze Nation in gesunder Niederung zusammenschließt nach dem Worte des Reichertom Reich: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland!“

Der neue Eisenkonflikt.

Der Arbeitsstreik bei der nordwestlichen Gruppe. Bei der Ausföhrung des Schiedsspruches für die nordwestliche Gruppe sind zwischen den Parteien Meinungsverschiedenheiten darüber entstanden, ob nach dem Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 12. Dezember 1927 auch die zu den Martin- und Elektrofabriken gehörenden fast einsehenden Waggonfabriken den allgemeinen Aufsicht bis zum 31. Januar dieses Jahres erhalten haben. Eine einstimmige Besetzung des Arbeitsgerichts in Bochum hat dies verneint. Als diese Besetzung aus formalen Gründen aufgehoben werden mußte, haben die Gewerkschaften in einer Reihe von Betrieben die Besetzung angefordert, nach Ablauf der im Schiedsspruch vorgeschriebenen Arbeitszeit die Betriebe zu verlassen. Das Vorgehen der Gewerkschaften veranlaßte die Arbeitgeber, Gegenmaßnahmen ins Auge zu fassen.

Zur Besetzung dieses Streits hatte der Schlichter in Dortmund die Parteien zu einer Aussprache geladen, die in Düsseldorf stattgefunden hat und an der auch ein Vertreter des preussischen Handelsministers und der Schlichter in Köln teilgenommen haben. Die Parteien sind übereingekommen, die kritische Frage dem Reichsarbeitsminister zur Entscheidung zu unterbreiten. Hierfür wird am Dienstag, den 10. Januar, in Berlin verhandelt werden. Bis zum Entscheid des Reichsarbeitsministers, der in dieser Zeit zu erwarten ist, sollen betriebliche Verhandlungen getroffen werden. Es ist anzunehmen, daß sich bis dahin die Organisationsleistungen jeder Einwirkung auf die Betriebe enthalten werden.

Reichsregierung gegen Reichsrat.

Beibehaltung des Panzerstiftes.

Bei den Beratungen über den Haushaltsvoranschlag für 1928 hat der Reichsrat bestimmt eine Reihe von Abstrichen im Heeres- und Marineetat gemacht, dafür aber andere Posten zu allgemeinen Zwecken eingezogen. Die Abstriche des Reichsrats betragen etwa 6 1/2 Millionen. Als besonders unwichtig wurden dabei angesehen die Beiträge für den Bau von Munitionskanonen und für den Beginn eines Panzerstiftes. Damit ist die Reichsregierung nicht einverstanden und sie will dem Reichsrat gegen seine Beschlüsse formellsten Widerspruch entgegenbringen. Die Reichsregierung hat sich für eine Doppelvorlage bei den Beratungen zu beschließen.

Der Reichsrat hat gefordert: 1 Million Mark für Unterhaltung der Waffen, 1,46 Millionen für Munition und Munitionsgüter, 0,67 Millionen für Heeresersatz, 0,42 Millionen für Kraftfahrzeugbetrieb, 0,36 Millionen für Nachrichtenapparat, 200 000 Mark für Bauteile aus Truppenübungsplätzen, 150 000 Mark für Munitionsausrüstung, 500 000 Mark für Vertiefungsmunition, 100 000 Mark für Befestigungsanlagen, 100 000 Mark für Aufklärung des Nachrichtenapparat. Die Hauptsumme aber wurde abgesetzt mit der ersten Male für den Neubau des Panzerstiftes A im Gesamtbetrag von 9,8 Millionen.

Zentrum und Reichsschulgesetz.

Eine Rede des Abgeordneten Guehard.

Auf dem Zentrumsparteitag der rheinischen Zentrumspartei des Regierungsbezirks Koblenz erklärte der Vorsitzende der Zentrumspartei, von Guehard, daß das Zentrum von den bekannten Forderungen zum Reichsschulgesetz nicht zurücktreten werde. Es sei möglich, daß die Regierungsoffizien bei dieser Frage in die Brüche gehen. Das Zentrum könne und dürfe sich aber von den Sozialisten und Kommunisten kein Schicksal diktieren lassen. Zur Frage der Standesherrn bemerkte Guehard, daß diese als Grund von Reichsschulgesetz eine volle Aufhebung ihrer Vermögen beanspruchten. Es wäre ein Verbrechen am Volke, diesen Forderungen zu entsprechen, da die meisten deutschen Staatsbürger um ihr Vermögen gekommen seien und leben nur eine Unterwelt in beschränktem Maße zuteil werden könne. Er habe die Vorlage eines entsprechenden Gesetzes durch die Regierung verlangt. Wenn dieses Gesetz nicht zweidrittelmehrheit angenommen werden sollte, müsse das deutsche Volk durch einen Entscheid sein Recht fordern.

Schuldenregelungskonferenz

nicht beabsichtigt.

Wöllig aus der Luft gegriffen.

Die württembergischen, nach denen das Washingtoner Staatsdepartement beabsichtigt, nach den französischen Wahlen eine Finanzkonferenz zur Regelung der